

# Dedenburger Zeitung

Preis: 6 Heller.

Politisches Tagblatt.

Preis: 6 Heller.

**Pränumerations-Preise:**  
Für Local: Ganzjährig 20 Kr., Halbjährig 10 Kr., Vierteljährig 5 Kr., Monatlich 1 Kr. 70 Hl.  
Für Auswärts: Ganzjährig 25 Kr., Halbjährig 12 Kr. 50 Hl., Vierteljährig 6 Kr. 25 Hl., Monatlich 2 Kr. 20 Hl.

Administration und Verlag:  
Buchdruckerei Alfred Romwalter, Grabenrunde 121.  
Telefon Nr. 25.

**Inserate nach Tarif.**  
Derselbe wird auf Wunsch überall in gratis und franco versendet.  
Annoncenaufräge, Abonnenent- und Inzerations-Gebühren sind an die Administration (Grabenrunde 121) einzuliefern.  
Vermittlung durch alle Annoncen-Bureau.

## Zur Rede Apponyi's.

Sopron, 22 August.

An der Hand der sonntägigen Rede des Grafen Apponyi wollen wir, gleichsam als an einem Schulbeispiele, das Wesentliche einer Kalksburg'schen Rabulistik vorführen. Wir wollen nur zwei Punkte der Rede in's klare Licht setzen; es wird zur Charakteristik genügen.

Graf Apponyi sagt: zur Zeit der früheren Liberalen Partei war das Hauptdogma des Parlamentarismus das Majoritätsprinzip. Im selben Lager aber sagt man jetzt, es sei nicht unbedingt nötig, daß sich die Regierung auf eine parlamentarische Mehrheit stütze; die Regierung könne auch ohnedies als gesetzlich und verfassungsmäßig gelten. So spricht das „Ideal der Nation.“

Das schaut ganz gefällig aus, ist aber nichts, als eine logische Spiegelfechterei. Es ist richtig: die gewesene liberale Majorität hat früher das größte Gewicht auf die Geltendmachung des Majoritätsprinzips gelegt und — thut das heute noch. Die liberale Majoritätsregierung hat nach ihrem Fall allfogleich die gemohnten Konsequenzen gezogen, hat demissionirt und die zur Minorität gebliebene Partei hat so, gleich erklärt, daß sie in die Opposition gehe. Sie hat nicht nur der neuen Majorität den Weg zur Regierungsübernahme freigegeben, sondern dieselbe auch fort und fort an ihre Pflicht gemahnt, nunmehr ihrerseits die Gewalt zu übernehmen. Nie hat die neue Minorität einen einzigen Schritt gethan, um der neuen Mehrheit einen

einzigem Vortheil, der aus der Herrschaft des Majoritätsprinzips folgt, zu verkürzen. Wie kommt nun Apponyi trotzdem zu seiner Anklage der Wetterwendigkeit der liberalen Parteienansicht? Darin liegt ja eben die logische Perfidie! Das Majoritätsprinzip bedeutet einen Regulator nur in Bezug auf das Wechselverhältniß der Parlaments-Majoritäten und -Minoritäten; mit der staatsrechtlichen Frage: ob und wie weit das Vorhandensein oder Fehlen einer Regierungsmajorität diese Regierung zur einer gesetzlichen und verfassungsmäßigen macht, hat doch das Theorem des Majoritätsprinzips gar nichts zu thun! Aus der Anerkennung des Letzteren folgt gar nichts anderes, als daß der Wille der Mehrheit durch die Minderheit als der Wille des ganzen Parlamentes anzuerkennen und zu respektiren sei.

Die Oppositionen aber haben dieses Prinzip, die Grundlage jedes parlamentarischen Wirkens, vom ersten Tag der ersten Obstruktion an gelehnet und dadurch denn auch wirklich die Arbeitsmöglichkeit des Parlamentes zerstört. Heute allerdings ziehen sie alle Konsequenzen aus dem Majoritätsprinzip, bis zur Brutalität. Ihrer Meinung nach bedeutet das Majoritätsprinzip ihren Absolutismus, ihren Terrorismus; aus diesem heraus dürfen sie Jeden, der nicht ihrer bornirten Meinung ist, sogar in seinem bürgerlichen Beruf beschimpfen, ihn durch ein Scherbengericht zum „Feinde der Nation“ erklären, sie dürfen den Grafen Tisza für einen Schuft und die Liberale Partei für ein stinkendes Nas erklären und jedes Mit-

glied der Partei für einen ehrlosen Wicht, denjenigen aber lynchen, der den politischen Oberschwefel ihrer Partei nicht verehrungswürdig findet; sie dürfen der gequerten Presse die Handschelle der Zensur anlegen (und thun es mit Wollust trotz Bach und Schmerling); sie dürfen ein (im besten Falle strittiges) Majestätsrecht mit Gewalt und Zerstörung der staatlichen Ordnung, als Richter in eigener Sache, erbeuten.

Die zweite Probe Apponyischer Redespitzfindigkeit liegt in der Erklärung, daß die Koalition nicht wegen des einzigen Anspruches auf das allgemeine Wahlrecht die nationalen Aspirationen zurückstellen könne. Nun fragen wir in aller Bescheidenheit: welches sind denn die nationalen Aspirationen, die wegen der einzigen Wahlrechtsreform zurückgestellt werden müßten? Unseres Wissens giebt es nunmehr nur einzige solche Aspiration. Das ist die ungarische Dienst- und Kommandosprache, denn alle anderen Programmpunkte — einschließlich der Separirung des gemeinsamen Zollgebietes, — hat ja die Krone („freie Hand in wirtschaftlichen und inneren Fragen“) schon bewilligt! Wenn also Graf Apponyi behauptet, daß nur die überwiegende Wichtigkeit der nationalen Aspirationen ihn von der sofortigen Akzeptirung des allgemeinen Wahlrechtes zurückhält, so ist das der reine Redeschwefel, bei dessen Anwendung der edle Graf auf die politische Unwissenheit seiner Partei rechnete und ja auch ruhig rechnen konnte. Thatsächlich stehen dem Anschluß der Koalition an die Wahlrechtsreform einzig und allein die

## Feuilleton.

### Auf der Suche nach einem Stoff.

(Fortsetzung).

2.

„Mrs. Thriot kam also nach Hause.“ fuhr mein Feldjäger fort, nachdem er sich noch mehrere fernere Gläser Rotwein assimilirt, „aber sie fand keine Ruhe. Das Taschentuch der Kaufassierin wuschte den Schlaf von ihren schönen Augen. Der „Venus de Paris“ passirte, was auch sonstigen Sterblichen gemein ist, nämlich, daß unangenehme Gedanken in der Nacht, wo der fehlende Maßstab für die sinnliche Wahrnehmung; auch das Urtheil des geistigen Auges wesentlich beeinträchtigt, ganz ungeheuerliche Dimensionen annehmen.“

„Endlich, nachdem alles Dumme, was sie je im Leben gedacht und gethan und noch zu thun beabsichtigte, in riesigen Paradiesfiguren an ihrem Geiste vorübergezogen, schlief sie gegen Morgen ein und erwachte mit den allerbesten, nützlichsten Gedanken. Zunächst beabsichtigte sie, ihre Wäscherin auszusuchen. Das war indessen unthunlich, weil diese auf dem Lande wohnte und nur alle Sonnabende bei ihren Geschäftsfreunden in der Stadt die

Runde machte. Sie entschloß sich daher, ihre Kammerjungfer zu Rathe zu ziehen. Unter ganz unmotivirter und mißbräuchlicher Verwendung von zahlreichen Ausrufungen und Ahselzudungen, zerbrach sich Ramsell Marie das pfiffige Köpfchen beinahe in zwei Theile, um das Mirakel zu erklären.

„Sie besann sich. Richtig, am Ballabende hatte sie, natürlich als die gnädige Frau schon unten im Wagen saß, die Pferde anzogen und wie gewöhnlich das Nötzigste vergessen war, ein Taschentuch holen sollen und dasselbe im Drange des Augenblicks aus dem Zimmer des Herrn genommen, weil dies näher als die Garderobe der Gnädigen war. Auch besaß der Gnädige ebenso prächtige Spitzentücher wie jene.“

„Diese Station auf dem Wege nach dem Ursprunge des Taschentuches hätte hinreichende Veranlassung zu einer Familienzene gegeben. Aber doch, obgleich Mrs. Thriot eine zu vernünftige Frau war, um eifersüchtig zu sein, und Mr. Josua zu reich und bieder, um gerecht: Ursache dazu zu geben, konnte sie doch nicht der Versuchung widerstehen, ihren Mann ein wenig zu quälen. Warum sollte er auch ganz leer bei der unlieblichen Geschichte ausgehen? — Der arme Mann, der in seinen ganzen Leben weder mit

einer Prinzessin im Allgemeinen, noch mit Michaelowna Lubanoff im Besondern eine Sylbe gesprochen, befand sich in halb komischer, halb entrüsteter Verlegenheit, versprach aber dennoch, sich mit möglichstem Eifer der Auflösung des Räthfels zu unterziehen. System war ihm Alles. Er ging daher auch hiebei systematisch zu Werk. Zunächst unterwarf er seine feine Wäsche einer eingehenden Untersuchung, was, da er wie die meisten reichen Amerikaner einen ungeheuren Luxus damit trieb und namentlich für echte Spitzen und Batist schwärmte, keine kleine Aufgabe war. Seiner Taschentücher durfte sich selbst die feinste Dame, viel weniger eine exotische Prinzessin schämen. Seine Hemden frosteten von Einsätzen. Genau war er von seinem Besitzstande allerdings nicht unterrichtet und mutmaßte wohl, daß sein Kammerdiener Jean Milot hin und wieder einzelne Theile davon entfremden möge, während es jedenfalls zu den unwahrscheinlichsten Dingen der Welt gehörte, daß dieser edle Franzose irgend etwas hinzufügen werde. Ebenjowenig durfte anzunehmen sein, daß eine unberufene Hand fremde Gegenstände unter seine Sachen gemischt habe. Zuerst fischte er unter besagten Fremdlingen ein Vorhemdchen mit unechten Spitzen herans, und Mr. Thriot würde es für eine tödtliche Beleidigung

90 Dienst- und Kommandoworte der Reglements entgegen — na, und freilich auch die Grafen, Barone und andere „große Herren“ der Koalition, für die — trotz alles Vorschwindels, — die Ausbreitung des Wahlrechtes, die Vermehrung des „Wählerpöbels“ ein Grenel ist.

Bezüglich des meritorischen Inhaltes der Rede hatten wir mit unserer Voraus- sage recht: sie war nichts als ein Stück aus dem bekannten Repertoire des Albert Apponyi-Phonographen. Apponyi hat etwas Neues aufdeckt: den „Kristóffy-Schwindel“. Uns genügt es, wenn unsere Leser aus den obigen Ausführungen etwas recht altes herausfinden: den „Apponyi-Schwefel“ . . .

Dr. Karl Arnhold.

### Eine politische Studie.

Sopron, 22. August.

Der Reichstagsabgeordnete Graf Theodor Batthyány, den wir Sonntags im Elisabethpark seine Ansichten über die aktuellen politischen Fragen, allerdings nur in Streiflichtern, erörtern hörten, hat — wir können nicht umhin es zuzugestehen — obgleich er, ebenso wie die andern Parlamentarier, die vorgestern hier das Wort ergriffen haben, auf den intransigenten Standpunkt der enragirtesten Achtundvierziger steht, in manchen Punkten seiner Ausführungen, wie er sie in einem Berliner Blatt (die „Zukunft“) entwickelt, keineswegs ganz Unrecht. Es sagt z. B. über die staatsrechtliche Stellung Ungarns: „Ungarn ist ein selbständiges, unabhängiges Königreich, dessen Integrität der König durch Ausgabe des Königsdiploms und die Eidesleistung jedesmal zu garantieren verpflichtet ist, damit „Ungarn immer den auf dem Reichstag geschaffenen oder zu schaffenden Gesetzen entsprechend regiert werde“. Dieser Grundgedanke kommt in allen Gesetzen früherer oder späterer Epochen zum Ausdruck und die „tausendjährige Verfassung“ Ungarns ist keine Phrase, denn für diese Verfassung hat Ungarn stets mit Gut und Blut gekämpft und die uralten, glorreichen Traditionen finden auch in den historischen Gesetzen vom Jahre 1848, deren Schöpfer Ludwig Kossuth, und in den Gesetzen vom Jahre 1867, deren Schöpfer Franz Deák war, ihren Ausdruck. Das Ausgleichsgesetz Deák's knüpft in seinen ersten Sätzen an die Pragmatische Sanktion an, betont die „staatsrechtliche und innere administrative Selbstständigkeit Ungarns und seinen Nebenländer“ und stellt als „selbstverständlich“ hin, daß „die Aufrechterhaltung der Verfassung Ungarns die Grundbedingung“ des Ausgleichs sei. Die Gesetze aus den

angesehen haben, wenn jemand es auch nur für möglich gehalten, daß er unechte Spitzen verwerthe. Dann kam der Schnitt eines Nachthemdes zum Vorschein, den er niemals hatte ausstehen können. Und endlich — als dritter Gast — ein ganz hyperborisches Taschentuch, ohne Krone und Spitzen, ein grobes, leinenes Tuch, offenbar gemacht, eine gemeine Nase zu schneuzen, und mit einem dicken B. gezeichnet. Dieses abominable Stück Leinwand warf einen schwachen Lichtreflex in die baltische Dunkelheit.

Vor wenigen Monaten hatte der junge Belcombe, Sohn der befreundeten Firma „Beuve Belcombe et fils“ in New-York, der frisch aus Amerika gekommen, in demselben Zimmer gewohnt. Die Thriots wollten gerade nach der Schweiz, als Belcombe fils in St. Petersburg anlangte. Die gastfreien Amerikanern hielten sich für verpflichtet, für ihn etwas zu thun, und räumten ihm einen Theil ihrer Wohnung ein. Er verließ dieselbe, um seine Reise fortzusetzen und „Europa abzumachen“, wie die Amerikaner sagen. Bei seiner eiligen Abreise hatte er unzweifelhaft Einiges von seiner uramerikanischen Leibwäsche in Thriot's Garderobe liegen lassen, nebenbei wahrscheinlich auch das Taschentuch der Prinzessin Lubanoff.

(Fortsetzung folgt.)

Jahren 1848 und 1867 hat König Franz Josef selbst sanktioniert und mit seinem Eide bekräftigt; er verpflichtet sich, „daß wir alles in den obergeschalteten Gesetzartikeln Enthaltene sowohl selbst beobachten wie auch durch alle unsere Getreuen beobachten, lassen werden.“ Aus diesen Gesetzen geht hervor, daß die Stellung und der Machtkreis des Königs von Ungarn ein ganz anderer ist als die Stellung und der Machtkreis des Kaisers von Oesterreich; und wenn man in Wien und auf Grund der Wiener Informationen auch in Deutschland über die Rechte und Pflichten des Königs von Ungarn nicht im Klaren ist, so sei nur konstatiert, daß das Ausgleichsgesetz Deák's die „volle Verfassungsmäßigkeit“ wiederholt bedingt und andere als verfassungsmäßige Herrscherrechte weder anerkennt noch kennt. Jeder nicht streng verfassungsmäßige Schritt des Monarchen bedeutet die Verletzung des Ausgleichs durch die Krone. Ein solcher Schritt ist geschehen, als Seine Majestät ein Ministerium ohne Zustimmung des Parlaments, also verfassungswidrig ernannte, angeblich weil das Land nicht ohne Regierung bleiben konnte, die koalirten Parteien die Regierung jedoch nicht übernehmen wollen. Das ist eine Unwahrheit; denn in allen ihren Kundgebungen erklärten die koalirten Parteien, die Regierung sofort übernehmen zu wollen, allerdings nur auf Grund ihres und nicht auf Grund eines ihnen von der Krone vorgeschriebenen Programms.

Das ist der eigentliche Kernpunkt des Konfliktes zwischen der Krone und Majorität in Ungarn . . .

Die neue Majorität, die Siegerin im letzten Wahlkampf, einigte sich über ein Regierungsprogramm. Obwohl die Unabhängigkeits-Partei als die numerisch stärkste Partei in den neuen Reichstag einzog, war sie bereit, auf die sofortige volle Durchführung ihres Programmes zu verzichten und gemeinsam mit den anderen in der Koalition vereinten Parteien, die auf der Basis des Ausgleichsgesetzes vom Jahre 1867 stehen, an der nationalen und freiheitlichen Ausgestaltung Ungarns, mitzuwirken, ohne radikale staatsrechtliche Umgestaltungen zu fordern. Die Unabhängigkeits-Partei, die, seit sie besteht gegen den Ausgleich Deák's und für die reine Personalunion kämpfte, war, weil sie allein die absolute Majorität im Abgeordnetenhaus nicht besaß, bereit ein Programm anzunehmen, das nichts anderes anstrebte als die ehrliche, loyale und gewissenhafte Durchführung des Ausgleichsgesetzes. Das war kein geringes Opfer; aber es wurde im Interesse des Landes gebracht, um endlich wieder zu geordneten politischen Verhältnissen zu gelangen. Doch die Antwort auf diese Bereitwilligkeit der im Abgeordnetenhaus stärksten Partei (von 413 ungarischen Mandaten hat sie bisher 183 erobert) war, daß der Monarch zwei Programmpunkte der Koalition, die innere Reformen und wirtschaftliche Neugestaltungen betreffen, annehmen wollte, die Forderungen auf militärischem Gebiet aber unbedingt ablehnte. Was sind nun diese militärischen Forderungen? In der Adresse der Majorität an den Monarchen, die ich als Referent im Abgeordnetenhaus zu vertreten die Ehre hatte, wird gefordert, daß der ungarischen Staatsprache auch bei den ungarischen Regimentern der gemeinsamen Armee der ihr gebührende Rang eingeräumt werde. Das war der Stein des Anstoßes. Das Ausgleichsgesetz stellt wohl die Parität zwischen Oesterreich und Ungarn fest, aber leider ist seit dem Jahre 1867 nichts geschehen, um eine loyale Ausgestaltung des Ausgleichs nach den festgelegten Grundsätzen der Parität herbeizuführen. Schon der Umstand, daß jede vom Monarchen gewährte „nationale Konzession“ auf militärischem Gebiet in Oesterreich als Uebergriff Ungarns bekämpft wurde, zeigt die Unaufrichtigkeit und Loyalität, mit der man in Wien die für alle gemeinsamen Angelegenheiten gesetzlich angeordnete Parität und die Selbstständigkeit Ungarns behandelte . . .

### Die Ereignisse in Rußland.

Sopron, 22. August.

Aus guter Quelle verlautet, daß der Zar dem Deutschen Kaiser bei der Zusammenkunft auf dem „Polarstern“ den

Verfassungsentwurf bezüglich der „Reichsduma“ gezeigt und daß Kaiser Wilhelm zu dessen Veröffentlichung gerathen habe.

Die Petersburger Zeitungen äußern im Allgemeinen ihre Zustimmung zur Reichsduma. Der Rubikon sei überschritten, doch siehe noch ein schwerer Kampf mit der bürokratischen Ordnung bevor.

Der „Ruß“ sagt: Wäre das Manifest des Zaren von der Gewährung der Pressefreiheit begleitet gewesen, so wäre ein Unterpand der Aufsichtigkeit und der unvergleichlich größeren Sympathien für die neue Staats-einrichtung geschaffen, deren historische Wichtigkeit zwar unendlich groß sei, deren praktischer Werth sich aber erst erweisen müsse. Zur Beruhigung der Gemüther diene auch nicht der Umstand, daß die Einführung der Reichsduma auf ein halbes Jahr hinausgeschoben wurde. Ein sechs Monate lang andauernder Wahlkampf könne die erwünschte Beruhigung der Gemüther nur gefährden. Die Verzögerung habe auch zur Folge, daß die Aufstellung des Staatbudgets für 1906 der Berathung der Reichsduma entzogen werde.

Die „Rajowe Wremja“ schreibt: Die gegenwärtige Reform stellt Rußland nicht an eine unbewegliche Wand, sondern eröffnet im Gegentheil der schöpferischen Thätigkeit des Landes neue Horizonte und erleichtert die Schaffung neuer Lebensformen, aber nicht nach einer feststehenden Schablone, sondern nach freier Wahl des Volksgewisses. Die Reform gewähre den schöpferischen Kräften des Volkes einen weiteren Spielraum und gestatte ihm seine nationale Individualität und seinen Genius hervortreten zu lassen und das gerade brauche die eigenartige politische Evolution eines großen Volkes.

Die Pariser Blätter mit Ausnahme der sozialistischen, äußern sich gleichfalls günstig über die Einführung der Reichsduma in Rußland. Sie erblicken darin die Anbahnung eines verfassungsmäßigen Regimes.

Inzwischen dauern die Unruhen in Warschau fort. Am 20. d. überraschte die Polizei eine geheime Sitzung sozialistischer Agitatoren, verhaftete 27 Personen und konfiszirte viele Papiere. Einer der Sozialisten versuchte über das Dach zu entkommen und gab von dort aus auf seine Befolger mehrere Schüsse ab, wurde aber dann selbst von einer Kugel schwer getroffen. Außerdem wurde der Gendarmen-Wachmeister Wienorich auf offener Straße erschossen. Als die Polizei die Mörder verhaften wollte, fielen aus der dicht angeammelten Menge Revolvergeschosse, die zwei Polizeisoldaten tödteten und mehrere erheblich verletzten.

### Die Friedensunterhandlungen zwischen Rußland und Japan.

Sopron, 22. August.

Mit lebhafter Spannung erwartet man die für heute Dienstag angekündigt entscheidende Wendung in den Verhandlungen zwischen den japanischen und russischen Delegirten. Der Präsident der Vereinigten Staaten Roosevelt, dessen Bemühungen den Zusammentritt der Friedensdelegirten herbeiführten, bietet in diesen kritischen Tagen Alles auf, um einen Abbruch der Verhandlungen zu verhüten und ist sowohl in Tokio als in Petersburg eifrig thätig, um eine Annäherung der beiden unversöhnlich auf ihren Standpunkten verharrenden Parteien zustande zu bringen. Der russische Unterhändler Rosen ist gegenwärtig bei Roosevelt in Oysterbay, und dieser Besuch dürfte interessante Resultate im Gefolge haben. Bereits soll sich Präsident Roosevelt sowohl an den König Edward von Großbritannien und den Deutschen Kaiser Wilhelm mit der Bitte um Anwendung ihres Einflusses auf die kriegführenden Parteien im Sinne der Ermöglichung eines Friedensschlusses gewendet haben.

Aus Portsmouth meldet man unterm 20. d. Minister Witte ist Abends aus Magnolia bisher zurückgekehrt. Er (Witte) erklärte bei einem Interview, er sei dem Präsidenten Roosevelt zu großem Dank verpflichtet, aber die Meinungsverschieden-

heiten zwischen Rußland und Japan betreffend Sachalin und die Kriegsentschädigung seien so groß, daß ein Einnehmen kaum möglich sei. Die Forderungen Japans scheinen Witte für Rußland demütigend zu sein. Rußland könne in Bezug auf diese keinem wie immer gearteten Kompromisse zustimmen. Andererseits hat ein der japanischen Mission angehörender Diplomat erklärt, daß Japan von den gestellten Bedingungen in keiner Weise abgehen könne. Der Abbruch der Verhandlungen scheint sonach unvermeidlich.

### Politische Nachrichten.

**○ Allerhöchste Auszeichnung.** Seine Majestät der König hat dem Gouverneur-Stellvertreter der Oesterreichischen Bodenkreditanstalt Theodor R. v. Taussing das Großkreuz des Franz-Josef-Odens verliehen.

**○ Demission des Banus Pejacsevich.** Der „Obzor“ erklärt, aus Regierungskreisen erfahren zu haben, Banus Dr. Theodor Graf Pejacsevich habe tatsächlich seine Demission überreicht und die amtlichen Blätter seien nur aus dem Grunde angewiesen worden, die diesbezügliche Nachricht zu demontieren, weil man nicht wisse, ob die Demission vom Monarchen angenommen werden wird.

**○ Die Szt. Stefansfeier in Wien.** Sonntag Vormittags wurde in der Kapuzinerkirche das Stefansfest gefeiert. Hofkaplan Rott hielt in ungarischer Sprache die Predigt. Sodann zelebrierte Feldkonsistorialdirektor Prälat Bjelek mit geistlicher Assistenz das Pontifikalamt. Anwesend waren der gemeinsame Finanzminister Freiherr von Burian, die Offiziere der kön. ungarischen Leibgarde, FML Benkeó, WM Balázs, von Seite des Ministeriums des Außern Sektionschef Ladislaus Müller von Szent-György, von Seite des Ministeriums a latere Ministerialrath Wértessy mit mehreren Beamten, von Seite der Kabinetkanzlei die die Hofsekretäre Csörgeó und Baron Nagy und Konzipist Marschowsky. Vor der Messe wurde der Hymnus und das Szózat gesungen.

**○ Aus dem k. u. Unterrichtsministerium.** Mittels allerhöchster Entschliebung wurde den Sektionsrathen im Ministerium für Kultus und Unterricht, Gabriel Klauzál und Franz Csorba der Charakter und Titel von Ministerialrathen und dem Mittelschuldirektor Dr. Moriz Darvai den Titel eines Oberstudien direktors verliehen.

**○ Unsere Minister auf Reisen.** Ministerpräsident Baron Geza Fejérváry ist bereits gestern in Fischl eingetroffen. Er wird wahrscheinlich heute Dienstag vom König in Beibataudien empfangen werden. Wie die „Bud. Corr.“ erfährt, begab sich gestern Handelsminister Ladislaus Börös nach Wien, um mit seinem österreichischen Kollegen Handelsminister Freiherr von Call über dringliche Ressort-Angelegenheiten zu verhandeln.

**○ Sozialisten Versammlung in der Provinz.** Die Sozialisten haben den St. Stefanstag dazu benützt, um in zahlreichen Provinzstädten Versammlungen abzuhalten und in denselben für die Schaffung des allgemeinen Wahlrechtes Stellung genommen. So wird aus Zombor berichtet, daß die dortige sozialdemokratische Partei eine Versammlung abhielt, in welcher an die Koalition die Aufforderung gerichtet wurde, die Regierung zu übernehmen. Ruhestörungen kamen nicht vor. Auch in Tata hat eine Versammlung der dortigen sozialdemokratischen Partei stattgefunden, der jedoch nur 200 Personen beiwohnten. Die Rede Johann Vancsál's wurde mehrere Male von den unabhängig gesinnten Zuhörern dur. Zwischensrufe unterbrochen. Es wurde ein Beschlusantrag angenommen, die Schaffung des allgemeinen Wahlrechtes zu urgieren. In Vács fand eine gutbesuchte Versammlung statt. Der Budapester Buchdrucker Josef Eisler hielt eine Rede, in welcher er sich über Franz Rossuth in geringschätzender Weise äußerte. Nach den Äußerungen des Buchdruckers brach unter

den anwesenden unabhängigen Bürgern ein Sturm der Entrüstung los und dieselben brachen in minutenlange Sienrufe auf die Koalition aus. In der Versammlung wurde kein Beschluß erbracht. In Nagylapos, Kiszárd und Chap wurden die beabsichtigten Versammlungen nicht abgehalten, da dieselben von den Behörden untersagt worden waren. Sozialistenversammlungen haben außerdem noch in Szeged, Miskolc, Pécs, Zala, Satoralja Ujhely, Debreczen, Nagybacskeret, Södmezővárschely und Nagyvárád stattgefunden.

**○ Errichtung einer Kriegsschule in Budapest.** Wie die Grazer „Tagespost“ von glaubwürdiger Seite erfährt, ist von der Kriegsverwaltung die Errichtung einer Kriegsschule in Budapest im Prinzip beschlossen worden. Dagegen soll der höhere Honvédförderungskurs, die bisherige Vorbereitungsstätte für die Honvédtriegeschule, aufgelöst werden.

### Ausland.

**— Katastrophe durch eine Explosion.** Aus Breslau wird unterm 21. d. gemeldet: Bei Vorführung eines neuen patentierten Vergasungsapparates des hiesigen Ingenieurs Schomburg, wofür dem Erfinder angeblich bereits eine Viertelmillion geboten wurde, erfolgte im Keller des Eisenwarenhandlers Käufer eine Explosion, wodurch Schomburg und Käufer sofort getödtet, Ingenieur Altmann und Chemiker Dr. Weher aus Berlin, beide Vertreter der dortigen Rütgerwerke tödtlich verletzt wurden. Die beiden sind Nachmittags gestorben. Ingenieur Balzarck von der Gasmotorenfabrik Deutz und Maschinist Herder wurden ebenfalls schwer verwundet.

**— Der russisch-japanische Krieg.** „Daily Telegraph“ meldet aus Tokio unterm 19. d.: Trotz heftiger Regengüsse gingen die Japaner im nördlichen Korea vor; die Russen gaben ihre Vertheidigungswerke auf und wurden, nachdem sie den Tumenfluß überschritten hatten, nach Norden zurückgedrängt, wobei sie die Brücken zerstörten. Allem Anschein nach stehen jetzt keine Russen mehr südlich vom Tumen.

### Tagesbericht

#### aus Sopron und Westungarn.

**Tageskalender.** Mittwoch, 23. August. Katholiken: Philipp B. — Protestanten: Zachäus. — Griechen: 19. August. Laurentius.

Sopron, 22. August.

**\* Bischof Franz Gyurák geht nicht nach Köhög.** Wir haben jüngst gemeldet, daß eine Deputation der Köhög er. Kirchengemeinde Bischof Gyurák ersuchte, die vakante Priesterstelle anzunehmen und seinen Sitz von Pápa nach Köhög zu verlegen. Wie nun aus einer Zuschrift an Ludwig Freyler hervorgeht, hat der Bischof dieses Ansuchen dankend abgelehnt. Dem Vernehen nach soll nun der gelehrte Pinkaföer Pastor Johann Straner als Pfarrer nach Köhög berufen werden.

**\* Ernennung.** Der Konzepts-Praktikant im Kultus- und Unterrichtsministerium Dr. Paul Ritter v. Flandorffer wurde zum unbesoldeten Hilfskonzipisten ernannt.

**\* Josef Kouti,** der berühmte Kapellmeister des Budapester Volkstheaters, der vor mehr als zwei Jahrzehnten am hiesigen Theater seine Thätigkeit begann, liegt in Salatonsüred, derart schwer krank darnieder, daß der Eintritt eine Katastrophe befürchtet wird.

**\* In Sachen Professor v. Zeyka** versendet der Redakteur des „Bud. Tagblatt“ an die Zeitungen eine Erklärung des Inhaltes, daß er der gestern erwähnten Brochure vollkommen fernstehe. Er werde gegen „Az Ujság“ preßgerichtlich vorgehen, um seine Behauptung zu erweisen.

**\* Die rothen Zettel der Sozialisten.** Anlässlich des Volks-Meetings am Sonntag wurden — wie aus einer uns zugehenden Druckorte hervorgeht — unter dem massenhaft erschienenen Publikum in der Szombathelyer

Druckerei Geist hergestellte, rothe Zettel mit folgendem Inhalte vertheilt:

Bürger! Arbeiter! Genossen!  
Für das allgemeine gleiche direkte geheime Wahlrecht kämpft die ungarländische Arbeiterschaft einen Kampf auf Leben und Tod.

Wir fragen, darf jemand vor das Volk treten, der dieses heilige Recht auf jesuitischer Weise unzähligemal schändlich verrathen hat?

Nieder mit diesem Volksbeträger! Wir wollen ihn nicht hören!

Hoch das allgemeine gleiche direkte geheime Wahlrecht!

Die sozialdemokratischen Arbeiter.

Wie ein hiesiges Blatt meldet, sind Sonntag über hundert Sozialisten hier eingetroffen, denen man aber am Bahnhofe das Verlassen des Zuges verweigerte. Der Train wurde nach Esterháza dirigirt, wo es diesen Passagieren freistand, auszustiegen. So weit das Blatt. Wenn diese Meldung sich bewahrheiten sollte, erblicken wir darin die flagranteste Verletzung der persönlichen Freiheit. Wir können es absolut nicht glauben, daß unsere Behörde sich eines solchen Ueberschreitens der Amtsgewalt schuldig gemacht haben sollte. Wir begreifen zwar vollständig, daß — wenn nämlich der bezogene Fall wirklich vorliegt — die Behörde nur von der Sorge, etwaigen Exzessen vorzubeugen, geleitet worden sei, allein in Ungarn steht es, gottlob, Jedermann frei, ob einzeln oder in Massen dorthin zu fahren, wohin es ihm beliebt. Niemand hat das Recht, ihn daran zu hindern. Traurig wäre es um unsere Freiheit und unser öffentliches Versammlungsrecht bestellt, wenn sich die Herren Ordner das Recht arrogiren würden, mit Stöcken auf Leute einzubringen, weil sie eine andere politische Meinung vertreten; dies hieße ja jede „freie Volksversammlung“ unterdrücken. So lange sich die politischen Gegner nicht zur aggressiven Ruhestörung hinreißen lassen, haben sich auch die Ordner der weitestgehenden Mäßigung zu befleißigen. Im großen, loyal und nüchtern denkenden Publikum Soprons, wird die „Schlagfertigkeit“ der Ordner höchlich mißbilligt und die Polizei, deren rasche Intervention wir gewiß rühmend anerkennen, hätte, unserer unborgreiflichen Meinung nach, nicht bloß die ungefählichen Schreier, sondern (und zwar erst recht) die ihre Aufgabe so arg verkennenden Ordner, gehörig maßregeln sollen.

**\* Bankett.** Aus Anlaß der Ernennung des Herrn Wischer zum Leiter des Postamtes beim Soproner Hauptpostamte fand gestern ihm zu Ehren in der Brauerei ein von den Beamten veranstaltetes Bankett statt, welches sehr animirt verlief.

**\* Von einem Automobil getödtet.** Man berichtet uns unterm 21. d. aus Ebenfurt, daß daselbst am letzten Sonntag die 50jährige Köchin des dortigen Fabrikdirektors von dem daherrasenden Automobil des Zuckersabrikanten von Rothermann aus Pottendorf überfahren und sofort getödtet. Der Unglücklichen wurde der Kopf vom Kumpfe getrennt.

**\* Ein Dorf in Flammen.** In der Gemeinde Kábagyarmat bei Szt.-Gotthard kam gestern Nachmittags Feuer zum Ausbruche, dem bei dem herrschenden Sturme das halbe Dorf zum Opfer fiel. Raub hatte es auf der einen Seite zu brennen angefangen, als der Sturm die Funken auf die gegenüberliegenden Häusertrug, die sofort in hellen Flammen standen. Nicht weniger als 30 Häuser, 25 Wirtschaftsobjekte, massenhafte Getreidevorräthe, Futter und 20 Stück Hornvieh verbrannten. Der Ort zeigt das entsetzliche Bild grauenhafter Verwüstung. Viele Familien sind an den Bettelstab gekommen. Der Schaden ist ein riesiger.

**\* Schulschicksale.** Die Einschreibungen für das Schuljahr 1905—1906 beginnen in der hiesigen ev. Volksschule mit 1. September l. J. und werden vom 1.—5. September, Vormittags von 8—12 Uhr und nachmittags von 2—5 Uhr im neuen Schulgebäude vorgenommen. Am 6. September Vormittags 9 Uhr ist feierlicher Kinder Gottesdienst. Der regelmäßige Unterricht beginnt am 7. September. Neueintretende Kinder haben ihr Impfungsmittel mitzubringen und vorzuweisen. Schüler, deren Eltern Glieder der hiesigen evang. Kirchengemeinde sind, zahlen kein Schulgeld.

